

Beschluss (gegen die Stimmen von AfD):

1. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, mit dem stadteigenen Verkehrsmodell in enger Abstimmung mit der SWM/MVG und dem MVV bei der Standardisierten Bewertung und den Nutzen-Kosten-Untersuchungen mitzuwirken.
2. Im Beamten- und Arbeitnehmerstellenplan des Mobilitätsreferats wird mit Wirkung vom 01.01.2024 eine Stelle geschaffen.
3. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, die Einrichtung von 1,0 Stellen sowie deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Die Finanzierung erfolgt in den Haushaltsjahren 2024 aus dem Referatsbudget. Für die Haushaltsjahre 2025 ff. erfolgt die Finanzierung im Rahmen der regulären Haushaltsplanungen.
4. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamtinnen/Beamten zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.
5. Die einmalig erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 2.000 € (Erstausstattung) und die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 800 € (Arbeitsplatzkosten) werden aus dem Referatsbudget finanziert.
6. Das Produktkostenbudget erhöht sich um 101.510 €, davon sind 101.510 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).
7. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragte Stelle keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslöst.

8. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.